



Europapolitische Strategie des Freistaats Thüringen

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Artikel 67 Abs. 4 der Verfassung des Freistaats Thüringen in Verbindung mit § 54 a der Geschäftsordnung

- Drucksache 6/3563 -

Abgeordneter Brandner, AfD:

Meine Damen und Herren, liebe Besucher auf der Tribüne, ich hatte drei – mehr oder weniger – prominente Vorredner. Frau Marx, was Sie hier vorgelesen haben, hatte weder mit dem Antrag irgendetwas zu tun noch mit der Strategie der Landesregierung. Es war einfach nur wirr, verschroben und dumpf, was Sie hier vorgelesen haben. Das Einzige, wo Sie recht hatten, Frau Marx, war, dass wir die europäischen Außengrenzen sichern wollen, aber ich denke mal, das sollte Konsens hier im Hause sein.

(Beifall AfD)

Frau Walsmann, Sie haben sich etwas positiv abgehoben von der Frau Marx, allerdings auch nicht gerade brilliert hier vorn. Es waren auch nur gestanzte Plattitüden von Ihnen, die auch weder etwas mit unserem Antrag noch mit der Landesregierungsstrategie zu tun hatten.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ist das jetzt die A- oder B-Note, Herr Brandner?)

Das Einzige, worauf ich eingehen wollte, war das Europa der Vaterländer, wo Sie so getan haben, als wenn das der Quell allen Übels im 20. Jahrhundert gewesen wäre. Ich weiß nicht, wahrscheinlich haben Sie mehr im Marxismus-Leninismus-Unterricht gesessen als im Geschichtsunterricht. Aber Tatsache ist, Frau Walsmann, dass das Europa der Vaterländer die Konsequenz der schrecklichen Kriege des 20. Jahrhunderts war,

(Beifall AfD)

und dass Charles de Gaulle – und nicht nur Charles de Gaulle, sondern die gesamte EU – in den 60er-Jahren das forciert hatten und dass das 40 Jahre lang oder noch länger eigentlich Konsens in Europa war, dass wir ein Europa der Vaterländer wollen und nichts anderes. Deshalb weiß ich nicht, warum Sie das so schlechtgemacht haben.

Genauso schlecht übrigens wie der Herr Kubitzki – Herr Kubitzki, ihre Rede ist schon ein bisschen

in Vergessenheit geraten, sie ist ja schon ein bisschen länger her. Aber hier hat, glaube ich, mehr der NVA-Offizier aus Ihnen gesprochen als der Europapolitiker.

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Müssen Sie jedes Mal Ihre Kollegen so diskreditieren!)

Wenn Sie uns vorwerfen, in unserem Antrag wäre etwas von einer Festung Europa geschrieben oder wir wollten Europa abschotten, dann erinnert mich das wohl mehr an NVA-Sandkastenspiele im Offizierskasino bei Ihnen als an das, worum es hier tatsächlich geht, Herr Kubitzki. Von Ihnen als Europaausschussvorsitzenden hätte ich mehr erwartet, als hier alte NVA-Phrasen zu dreschen und Kriegstreiberei zu betreiben, das muss ich ganz ehrlich sagen.

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner, ich bitte Sie wirklich, sich zu mäßigen.

Abgeordneter Brandner, AfD:

Es geht ja hier nicht nur zuvörderst um den AfD-Antrag, sondern auch um die Europapolitische Strategie der Landesregierung. Wie sehr diese Strategie der Landesregierung am Herzen liegt, sehen Sie ja daran, dass der Ramelow, nachdem der Tagesordnungspunkt aufgerufen wurde, fluchtartig den Raum verlassen und

(Zwischenruf Abg. Rothe-Beinlich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das lag an Ihnen!)

der bekennendste Linksextremist in der Landesregierung, Herr Europaminister Hoff, erst gar nicht seinen Körper hier hinbewegt hat.

(Beifall AfD)

Nichtsdestotrotz

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter, ich erteile Ihnen jetzt die erste Rüge für Ihre Wortwahl.

Abgeordneter Brandner, AfD:

mache ich gern Ausführungen dazu und stelle klar, dass ...

Vizepräsidentin Jung:

Ich habe Sie ermahnt, Sie sollen sich ...

Abgeordneter Brandner, AfD:

Was reden Sie mir immer dazwischen, Frau Präsidentin?

Vizepräsidentin Jung:

Sie sollen sich bremsen!

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Sie missachten das Präsidium!)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Bei der Europapolitischen Strategie handelt es sich um ein

Vizepräsidentin Jung:

Entschuldigung, Sie haben mich überhaupt nicht zu kommentieren.

(Unruhe DIE LINKE)

Abgeordneter Brandner, AfD:

umfangreiches, meine Damen und Herren, meist demokratisches

Vizepräsidentin Jung:

Sie haben ... Herr Abgeordneter Brandner!

Abgeordneter Brandner, AfD:

und über weite Phasen sehr vages und unbestimmtes Dokument.

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner!

(Unruhe SPD)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Darin wird dargelegt, wie die Landesregierung insbesondere die finanziellen Interessen ...

(Zwischenruf Abg. Dr. Lukin, DIE LINKE: Missachtung des Präsidiums!)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Was bilden Sie sich eigentlich ein? Das geht überhaupt nicht!)

Vizepräsidentin Jung:

Herr Abgeordneter Brandner, das ist eine absolute Missachtung des Präsidiums. Wenn ich mit Ihnen rede, haben Sie nicht einfach weiterzureden.

(Beifall CDU, DIE LINKE, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe nämlich hier einen Knopf, um Ihnen den Hahn abzdrehen. Entweder mäßigen Sie sich jetzt und ich ermahne Sie, dass Sie Mitglieder der Landesregierung mit Ihren Äußerungen nicht so

betiteln sollen. Wenn Sie weiter so verfahren, dann erteile ich Ihnen wieder Ordnungsrufe. Das Spiel hatten wir ja schon mal. Ich ermahne Sie jetzt letztmalig!

(Unruhe im Hause)

(Zwischenruf Abg. Hey, SPD: Das ist die Missachtung des Parlaments! Das kann doch wohl nicht wahr sein!)

(Zwischenruf Abg. Müller, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Der will doch nur eher ins Wochenende!)

Abgeordneter Brandner, AfD:

Es wird in dieser Strategie breit ausgeführt, welche Richtung sich die Landesregierung wünscht.

(Unruhe SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der parlamentarischen Behandlung der Strategie wurden positive und negative Seiten des Papiers zutage gefördert. Einige Aspekte der Diskussion finden ihren Niederschlag in der Drucksache 6/3370. Da ist das veröffentlicht.

(Unruhe AfD)

Die AfD-Fraktion – Frau Walsmann, Sie hatten es erwähnt – hat zu diesem Dokument keine Formulierungsbeiträge abgegeben. Das lag daran, dass wir an der Formulierung zunächst mal nicht beteiligt waren, weil uns geschildert wurde, es sei Usus, dass das zwischen den Regierungsparteien und der größten Oppositionsfraktion geschehe – wurde uns im Ausschuss so gesagt. Als ich dann nachgefragt habe, seit wann das denn so Usus wäre, wurde mir gesagt, seit jetzt. Na gut, also so wurde das Europapapier vorbereitet. Nachdem es fertig war, ging es uns darum, nicht noch einige Punkte oder Kommata zu ändern, weil die ganze Richtung im Wesentlichen falsch ist. Deshalb haben wir an der Endformulierung dann nicht mehr mitgewirkt. Das war der Hintergrund – nur für das Protokoll.

Wir haben dennoch in den Beratungen deutlich gemacht – ich kann mich da noch an Ihre großen Augen erinnern –, dass wir das Strategiepapier nicht rundheraus abgelehnt haben. Denn es gilt, dass dieses Regierungspapier in einigen Punkten richtig ist, grundsätzlich allerdings in die falsche Richtung weist. Daher ist es uns ein Anliegen in dieser Debatte, gerade diese grundsätzliche Problematik zu diskutieren und auch hier eine Alternative zur nur sehr begrenzt ansprechenden Perspektive von Schwarz-Rot-Rot-Grün, also der Altparteienphalanx, zu zeigen. Eine grundsätzliche Diskussion ist angesichts der aktuellen Entwicklung der EU ohnehin geboten. Sogar die EU-Kommission regt mit ihrem jüngst veröffentlichten Weißbuch – das ist übrigens gut lesbar, also das ist nicht so ein internes Papier, sondern man kann es gut lesen – eine solche Debatte an und denkt erstmalig daran, auch die EU auf den Kern, nämlich den Binnenmarktkern, zurückzuführen.

(Beifall AfD)

Wir sollten uns daher im 60. Jahr der Römischen Verträge – Geburtstag ist morgen, der Kollege Höcke hat es erwähnt, von Ihnen hat leider keiner daran gedacht – dieser Diskussion nicht entziehen. Deshalb haben wir es ganz bewusst zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge – und daran sehen Sie auch, wie wichtig uns Europa und die Europäische Union sind – auf die Tagesordnung gesetzt.

(Zwischenruf Abg. Möller, AfD: Die Europa-Vergesser!)

(Beifall AfD)

Ich greife zwei Punkte in dieser Sache heraus. Der Ramelow'schen Landesregierung ist eine massive Ausweitung der sozialen Dimension der EU ein besonderes Anliegen. Gewiss ist es im Rahmen eines gemeinsamen Markts durchaus geboten, einige Übereinstimmungen oder einige Gemeinsamkeiten zu machen, wie zum Beispiel im Arbeitsschutzrecht. Aber das Bestreben von Rot-Grün weist weit darüber hinaus. Es ist die Rede von der EU als Sozialunion und Herr Hoff, der abwesende Europaminister, wird mit den Worten zitiert, die EU müsse sich als „Sozialstaat“ begreifen, meine Damen und Herren. Die EU als Sozialstaat setzt ja zunächst erst mal einen Staat voraus und den haben wir in Europa als Einheitsstaat Gott sei Dank noch nicht. Das befürworten, soweit ich das sehen kann, nicht mal die euphorischsten Jubeleuropäer hier im Haus und auch nicht in der Europäischen Union. Sozialpolitik und Sozialstaatlichkeit betreffen stets eine Umverteilung, das passt natürlich wieder wunderbar zur Europäischen Union, zumindest dazu, wie Sie von den Altparteien die Europäische Union verstehen. Denn die Europäische Union ist eine gigantische Umverteilungsmaschinerie, die zu erheblichen Teilen von Deutschland finanziert wird. Da muss ich hier noch mal Frau Walsmann – war es, glaube ich – widersprechen. Ich bin überzeugt, Thüringen würde es noch besser gehen, wären wir nicht auf die EU-Fördermittel angewiesen gewesen, sondern hätten wir die Mittel, die Deutschland an die EU verschenkt, direkt in Thüringen investiert. Denn Sie haben es gehört: 300 Milliarden Euro hat Deutschland inzwischen in die EU reingegeben, ohne etwas zurückzubekommen, 15 Milliarden Euro – wenn ich da richtig informiert bin – allein im letzten Jahr. Damit hätte man in Thüringen eine Menge machen können, muss ich Ihnen sagen.

(Beifall AfD)

(Unruhe CDU)

Worauf eine EU-Sozialunion à la Rot-Grün hinausliefe, können wir uns vorstellen, wenn wir uns die EU, also die Euro-EU, angucken, die inzwischen entgegen allen Versprechen von Helmut Kohl und Consorten eine gigantische Transfer- und Schuldenunion geworden ist. Diese Entwicklung wird auch vom neuen sozialdemokratischen Heilsbringer Herrn Schulz – also eigentlich ist das ja ein verknöchertes alter Eurokrat, aber jetzt wird er erst mal ein paar Wochen durch die Medien hochgeschrieben – mit seiner Befürwortung der Eurobonds wesentlich vorangetrieben. Wo diese Entwicklung in Kombination mit einer Sozialunion und einer sozialen Fortschrittsklausel enden würde, liegt auf der Hand. Die ausgabefreudigen und wirtschaftsschwachen EU-Staaten – meist im Süden angesiedelt – leisten sich schöne Sozialstandards und die wirtschaftlich und fiskalisch leistungsfähigen Staaten – meistens mehr im Norden angesiedelt, also insbesondere auch Deutschland – dürfen und müssen dafür zahlen. Ich erinnere in dem Zusammenhang an das wohlausgebaute Rentensystem in Griechenland, von dem deutsche Rentner eigentlich nur träumen können. Wenn das kein hoher Sozialstandard in Griechenland ist.

(Beifall AfD)

Aber wir wissen natürlich auch, wer für die üppigen Renten in Griechenland aufkommt, deshalb lehnen wir von der AfD den Kurs von Rot-Rot-Grün in eine Sozialunion ganz klar ab.

(Beifall AfD)

Meine Damen und Herren, überraschend ist das Regierungspapier auch – man höre und staune –,

wenn darin ein klares Bekenntnis zur Aufnahme der Türkei in die Europäische Union zu finden ist. Das ist grober Unfug und das wissen eigentlich alle, zumal angesichts der derzeitigen Entwicklung in der Türkei, nämlich der Entwicklung hin von einer Demokratie in eine Diktatur, sodass eigentlich auch dem letzten rot-grünen Gutmenschen und auch dem durchschnittlichen Linksextremisten klar sein müsste: Die Türkei hat in der Europäischen Union nichts, aber auch gar nichts verloren.

(Beifall AfD)

Das ist nun schon seit einigen Jahren so, wobei es bemerkenswert ist, dass man noch vor gar nicht allzu langer Zeit als Nazi gescholten wurde, wenn man gegen den Türkeibeitritt in die Europäische Union war. Gerade Sie von Rot-Grün waren doch die, die mit wehenden Fahnen vorangelaufen sind und mit Özdemir und Co. für einen EU-Beitritt der Türkei demonstriert und agitiert haben. Davon hört man jetzt nichts mehr. Also sieht man mal: Rot-Grün liegt, was die historische Dimension angeht, immer, aber auch immer völlig falsch.

(Beifall AfD)

Das Strategiepapier der Landesregierung, was ich erwähnt hatte, ist in weiten Teilen ein Papier von gestern und damit – Herrn Hoff wird das enttäuschen – ist es alles andere als revolutionär. Wir müssen aus solchen gestrigen Perspektiven, Herr Hoff – wo immer Sie gerade sein mögen –, herauskommen. Unser Antrag weist in eine Richtung, die Europa voranbringen wird. Wenn dieser Antrag eine Besinnung auf nationale Interessen und auch im EU-Kontext einfordert, dann heißt das nicht, dass wir gegen europäische Kooperation wären, so wie das hier fälschlicherweise dargestellt wurde, denn selbstredend gibt es grenzüberschreitende Probleme, die EU-mäßig reguliert und angegangen werden müssen. Aber es heißt eben nicht, dass man dafür eine EU braucht in der Form, wie sie sich zur Zeit entwickelt hat und wie sie dasteht. Nämlich wie eine EU, die völlig in der Sackgasse steht. Unser Antrag, den Sie alle vorliegen haben, nennt exemplarisch einige Felder, die nach unserer Überzeugung eine klare Ausrichtung auf nationale Interessen verlangen. Wir wünschen uns von der abwesenden Landesregierung, dass sie eine entsprechende Politik verfolgt.

(Beifall AfD)

Zunächst zur Forderung unseres Antrags, dass das Euro-Währungsexperiment zu beenden ist. Der Euro wurde gegen den Rat vieler Ökonomen, vieler Währungsexperten und gegen jegliche bürgerliche Vernunft politisch durchgesetzt und die D-Mark wurde genauso auf dem Altar der Euro-Verblendetheit geopfert wie die Unabhängigkeit der Bundesbank. Geschadet hat es uns allen. Die Folgen dieser Entscheidung sind schmerzlich spürbar, wie wir alle merken: Nullzinspolitik, hohe Gebühren und schrumpfende Vermögen.

Meine Damen und Herren, die Verschuldung der EZB steigt – wie Sie alle wissen – ins Unermessliche. Die Rechnung dafür wird uns garantiert nach der Bundestagswahl serviert, da bin ich ziemlich sicher.

Damit die Staaten und die EZB aus dem Schuldenberg rauskommen, gibt es eine Niedrigzinspolitik mit einer ansteigenden Inflation. Darunter leiden vor allem die Deutschen mit ihren Lebensversicherungen, die wenig Grundbesitz in den letzten Jahrzehnten aufgebaut haben. Das geht zulasten der Deutschen und vor allem der deutschen Steuerzahler.

Punkt 2 unserer Forderung ist noch einmal eine Position, die die CDU auch offenbar unterstützt und die auch vertreten wird, nämlich der Missbrauch von Sozialleistungen durch EU-Ausländer. Wir wollen ganz hohe Anforderungen daran stellen, dass EU-Ausländer überhaupt in den Genuss

von Sozialleistungen in Deutschland kommen. Das können Sie im Antrag nachlesen.

Meine Damen und Herren, sicher ist für uns, dass wir die Europäische Union zu einer neuen Institution entwickeln müssen und zwar im Sinne eines Charles de Gaulle'schen Europas der Vaterländer im besten Sinne. Und das wird nicht von Brüssel aus gesteuert, sondern von souveränen Nationalstaaten und das heißt, in Deutschland von Berlin aus. Vielen Dank.

(Beifall AfD)